F/A-18-Abstimmung vom 6. Juni 1993; Rückblick

Einleitung

Im September 1993 haben die Autoren Gustav Däniker, Dominique Brunner und Daniel Heller einen Bericht mit dem Titel «Die Doppelabstimmung über die Flugwaffenabschaffungs-Initiative und die Anti-Waffenplatz-Initiative vom 6. Juni 1993» publiziert.

Nach folgend sind aus diesem Bericht die Kapitel «zusammenfassende Bewertung» und «Lehren für die Zukunft» festgehalten. Die hier dargelegten Erkenntnisse sind auch heute noch relevant.

Der ganze Bericht ist als PDF-Dokument beigefügt.

Walter Dürig

Die Doppelabstimmung über die Fluqwaffenabschaffunqs-Initiative und die Anti-Waffenplatz-Initiative: Eine zusammenfassende Bewertung

Für die deutliche Verwerfung der zu Recht als Schritte im Sinne der Armeeabschaffung in Raten kritisierten Volksinitiativen waren verschiedene Faktoren massgebend. Es gab äussere wie auch intern schweizerische. Die sich in kriegerischen Auseinandersetzungen entladende Unrast im Bereich der zerfallenen Weltmacht Sowjetunion, vor allem aber der sich 1992/93 verschärfende Krieg «vor der Haustür» – im ehemaligen Jugoslawien – förderten die Einsicht vieler in die eine und wohl entscheidende Folge des «Endes des Kalten Krieges»: Die Unberechenbarkeit der Vorgänge in Teilen Europas und östlich davon, der durch ein gefährliches Mass an Instabilität gekennzeichnete neue Aggregatszustand der relations-interétatiques auf der eurasischen Landmasse.

Das Schweizervolk gehört zu den Völkern, die sich intensiv mit Vorgängen ausserhalb der eigenen Grenzen beschäftigen. Auf der Titelseite der meisten schweizerischen Zeitungen figurieren primär Auslandnachrichten; dasselbe gilt in der Regel für die elektronischen Medien. Es war also unvermeidlich, dass die neuen und beunruhigenden Verhältnisse im europäischen Grossraum Einfluss auf Stimmung, Überlegungen und Haltung erheblicher Teile des Volkes ausübten. Verflogen war und ist vielenorts die unkritisch-euphorische Stimmung des Herbstes 1989 und noch des Jahres 1990.

Der zweite – vom ersten beeinflusste – Faktor war ohne Zweifel die intensive Diskussion, die in der Schweiz ab Sommer 1992 über unser Verhältnis zum europäischen Einigungsprozess geführt wurde. Wohl mehr als je zuvor in neuerer Zeit wurde der Blick auf das – europäische – Ausland gerichtet und wurde die Bedeutung dieses Auslandes für unsere eigenen Verhältnisse erkannt und empfunden.

Die Perzeption von Krieg und Unrast auf dem europäischen Kontinent wurde dadurch zweifellos geschärft. Auch wer für den Beitritt der Schweiz zum EWR eingetreten war – wie die Verfasser –, musste den Schluss ziehen, dass ein erheblicher Teil derjenigen, die den EWR-Beitritt abgelehnt hatten, aus patriotischer Gesinnung handelten und zu denen gehörten, die für die Ablehnung der souveränitätsfeindlichen Initiativen disponiert waren.

Die Verfasser der Studie des Vorgehens im Blick auf den Urnengang vom 6. Juni 1993, des Dokumentes «Strategie 1993», dürfen für sich in Anspruch nehmen, die grosse Bedeutung des Meinungsbildungsprozesses im Volk im Vorfeld des Entscheides vom 6. Dezember 1992 über den EWR für den späteren Volksentscheid über die die Armee betreffenden Initiativen im Sommer 92 erkannt und unterstrichen zu haben. Es ist klar, dass bei einem Ja zum EWR ebenfalls gute Argumente aus diesem Entscheid im Blick auf die Sicherstellung einer seriösen Verteidigung hätten abgeleitet werden können.

Das emotionale Element, das beim EWR-Nein massgebend mitbeteiligt war, war indessen im Zusammenhang mit der Frage der Erhaltung einer brauchbaren Armee besonders bedeutsam. Entscheidend war – mit dem Blick auf den 6. Juni 1993 – die ernüchternd reinigende Wirkung, welche die intensive Auseinandersetzung mit unseren Beziehungen zum Ausland zeitigte.

Bildeten die vorerwähnten Faktoren gewissermassen den Rahmen, der für die Meinungsbildung in der Frage der Flugzeuge und der Waffenplätze galt, so musste unter den damit gesetzten Voraussetzungen noch weiteres geschehen, damit es zum unanfechtbaren Nein zur Demontage der Armee und – in letzter Konsequenz – der Souveränität kommen konnte.

Zunächst war – unter diesem Titel – entscheidend, dass eine getrennte Abstimmung über die Waffenplätze einerseits und die Flugzeugbeschaffung andererseits vermieden wurde. Allein, wie ursprünglich vom Bundesrat vorgesehen, im September 1992 zur Abstimmung gebracht, hätte die Waffenplatz-Initiative sehr wohl Zustimmung finden können. Dieser Erfolg der einer zur Selbstbehauptung befähigten Schweiz ablehnend gegenüberstehenden Kräfte hätte ein gefährliches negatives Präjudiz geschaffen und die Voraussetzungen für ein Nein zur Flugwaffenabschaffungs-Initiative wesentlich verschlechtert. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, dass die Ablehnung der verführerisch-verlogen «Vierzig Waffenplätze sind genug» getauften Initiative ohne die Koppelung mit der völlig unhaltbaren Flugzeugverhinderungs-Initiative sehr fraglich gewesen wäre.

Von grösster Wichtigkeit dafür, dass der Souverän, den verschiedenartigsten Sirenengesängen zum Trotz, die Notwendigkeit des Nein zu beiden Initiativen, aber insbesondere zu der gegen eine zeitgemässe Luftrüstung gerichteten erkannte, war das entschiedene und glaubwürdige Auftreten der Exekutive und das heisst vor allem des Chefs des Eidgenössischen Militärdepartementes. Nach der Ovation, die Bundesrat Villiger am 22. Mai 1993 anlässlich der Kundgebung der «Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee» (AWM) auf dem Bundesplatz von über 30 000 Bürgerinnen und Bürgern bereitet wurde – welcher Bundesrat hat seit Minger solch begeisterten Applaus empfangen? – bedarf es keiner weiteren Worte zur Erläuterung der grossen Leistung dieses Magistraten.

Von grösster Wichtigkeit war der klare Wille ungezählter Angehöriger dessen, was man als die «Miliz» im besten Sinn umschreiben darf, die Armeeabschaffer, Pazifisten und generell Linken in die Schranken zu weisen. Wann hat je nach dem Zweiten Weltkrieg die staatserhaltende, armeebejahende Seite so sehr Flagge gezeigt, Informationsstände auf Plätzen und Strassen errichtet und betrieben, sich in eindruckvoller Zahl auf dem Bundesplatz versammelt, soviel Initiative entwickelt, um an die Mitbürgerinnen und Mitbürger heranzukommen, ja um die finanziellen Mittel zu beschaffen, die für das Publizieren von Inseraten nötig waren. Und vor allem, wann je zuvor waren Patrioten und besonnene Bürger so sehr willens und fähig, in Zuschriften an die Medien ihren Standpunkt direkt und persönlich zum Ausdruck zu bringen? Die Antwort ist klar: nie seit Jahrzehnten.

Das lässt sich zurückführen auf die zuvor erläuterten Faktoren, aber auch auf die Dreistigkeit und Übertreibungen der Armeeabschaffer und ihrer Helfershelfer in einem Teil der Medien. Die – von den Medien triumphal orchestriert – «atemberaubende» Zahl von Unterschriften, welche die Gruppe Schweiz ohne Armee innerhalb einer «atemberaubend» kurzen Frist zu sammeln vermochte, erweckte einen echten und wohltuenden Zorn bei zahlreichen Exponenten dieser Miliz.

Und die Miliz war organisiert – in der vorgenannten AWM. Als zentrale Stelle sorgte sie für Orientierung der angeschlossenen über 25 Organisationen – zum Beispiel der Schweizerische Schützenverein, die Schweizerische Offiziersgesellschaft, der Schweizerische Gewerbeverband –, organisatorische Hilfe und Dokumentierung. Ihre Schrift, die ab Februar 1993 verbreitet wurde, «Nein zur Armeeabschaffung in Raten», von der auf Bestellung mehr als 350 000 Exemplare abgegeben wurden, erwies sich als ein entscheidendes Informationsinstrument, das die rege publizistische Tätigkeit der Exponenten der Miliz ganz wesentlich erleichtert und ermöglicht hat und dadurch den Umschwung auch in manchen Medien einleitete. Das Fazit drängt sich auf: die schweigende Mehrheit hat mit dem Blick auf den 6. Juni 1993 das Schweigen gebrochen, und das hat sich unwiderlegbar im Abstimmungsergebnis ausgedrückt.

Von besonderer Bedeutung war – darüber hinaus – das Engagement zahlreicher Vertreter der bürgerlichen Parteien, prominente Mitglieder der Eidgenössischen Räte an der Spitze. Es war durchaus bemerkenswert, dass auch Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die sich ein Jahr zuvor – mit freilich nicht sonderlich überzeugender Beweisführung – gegen den Flugzeugkauf ausgesprochen hatten, gegen die Flugwaffenabschaffungs-Initiative namentlich aus staatsbürgerlicher Verantwortung heraus auftraten. Die Generalsekretariate der bürgerlichen Bundesratsparteien wirkten am Informationsprozess entschlossen und wirkungsvoll mit.

Wenn so viel auf dem Spiele steht wie insbesondere bei der Flugwaffenabschaffungs-Initiative – die Glaubwürdigkeit des Standortes Schweiz, die Rechtssicherheit im Land, nachdem die Initiative geltendes Recht umstiess, die Fähigkeit, die Souveränität des Landes um die Jahrhundertwende aufrechtzuerhalten – dürfte erwartet werden, dass die Wirtschaft ihrer Pflicht nachkommt und diejenigen finanziell

unterstützt, die sich für die Sache einsetzen. Dieser Erwartung wurden, wie immer, bestimmte Wirtschaftszweige – die Banken, die Chemie, Versicherungen.– gerecht, nicht aber die Masse ausgerechnet derjenigen Unternehmen, die aus dem Zustandekommen der Flugzeugbeschaffung sehr wohl direkten Nutzen ziehen.

Es scheint nun wichtig, dass sich die Spitzen der Schweizer Wirtschaft darüber Rechenschaft geben, wieviel ihnen der Standort Schweiz wert ist. Ist er ihnen nämlich etwas wert, so müssen sie den Preis entrichten, den unsere demokratischen Spielregeln erfordern: das Engagement der Führer der Wirtschaft im politischen Bereich, wenn es um Wesentliches geht, persönlich wie auch mit dem Geldbeutel.

Aber das letztlich Entscheidende für den Urnengang vom 6. Juni 1993 war der oberste Richter in unserem System, das Volk. Es ist immer dasselbe Volk, das zur Urne gerufen wird. Die verschiedenen Teile und Kreise dieses Volkes werden entsprechend der zur Entscheidung stehenden Frage unterschiedlich angesprochen und mobilisiert. Ist die Sache wesentlich und wurde darüber korrekt informiert, so begeben sich die besonnenen Kräfte in der Regel an die Urne – und entscheiden, wie die Schweizer Geschichte beweist, vernunftgemäss.

Am 6. Juni 1993 hat vor allem die schweizerische Demokratie gesiegt, das Volk, das Wertewandel hin oder her – sich nichts vormachen lässt, wenn sich die besonnenen Kräfte auch verständlich zu machen wissen.

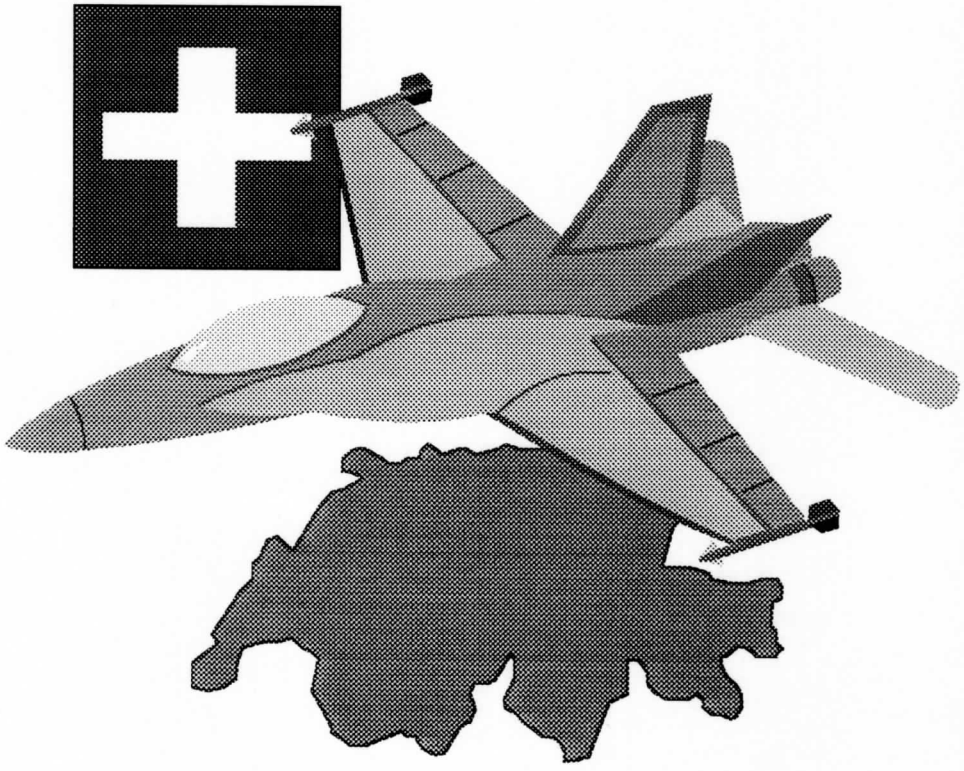
Lehren für die Zukunft

Zusammengefasst und summarisch aufgelistet, lauten die mehrheitlich klar bestätigten Lehren für Abstimmungskämpfe wie folgt:

- Es ist frühzeitig eine kommunikative Gesamtstrategie unter Einbezug aller möglichen Trägerschaften und aller möglichen Argumente zu erarbeiten und zum Konsens zu bringen.
- Unmittelbar danach sind die Organisation und die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Akteuren festzulegen.
- Meinungs- und Motivforschungen haben – wenn nötig – zu erfolgen, um die eindrücklichsten Argumentationen zu ermitteln und weniger beeindruckende zu eliminieren.
- Mit wenigen, aber durchschlagenden Argumenten und demonstrativen Anlässen sind frühzeitig (Monate im Voraus) die Positionen zu besetzen und die Gegnerschaft in die Defensive zu drängen.
- Anschliessend ist in professioneller Manier (mit den in solchen politischen Auseinandersetzungen erfahrenen Kräften) das ganze Spektrum der Kommunikationsmittel einzusetzen.
- Während der ganzen Dauer des Abstimmungskampfes muss ein Koordinationsorgan mit kurzer Reaktionszeit und Handlungskompetenzen auf dem qui vive sein, um Überraschungen zu kontern, aber auch um Chancen auszunutzen.
- Nicht immer kann man sich einen stimmungsmässigen Umschwung zunutze machen, aber meist – wenn man eine gute und plausible Sache zu vertreten hat – wird es auf irgendeine Art möglich sein, Erfolge zu erringen. Andernfalls ist es Sache einer professionellen Lagebeurteilung, die Risiken abzuschätzen und den Aufwand zu dosieren.
- Schliesslich sei daran erinnert, dass Abstimmungen von nationaler Bedeutung in ein Wertesystem gehören, das man nicht ungestraft verletzt, aber auch nicht unbelohnt verteidigt.

Vertraulich

Die Doppelabstimmung über die Flugwaffenabschaffungs-Initiative und die Anti-Waffenplatz-Initiative vom 6. Juni 1993



von
Gustav Däniker, Dominique Brunner und Daniel Heller

September 1993

Vorwort

Die nachfolgende Rückschau und 'Manöverkritik' verfolgt in erster Linie den Zweck, Lehren für kommende Abstimmungskämpfe zu ziehen, das heisst festzustellen, inwieweit sich das bisher Gültige bestätigte oder sich neue Erkenntnisse ergeben.

In zweiter Linie versucht sie, das Grundsätzliche dieser Auseinandersetzung hervorzuheben, indem sie diese in die heutige und künftige schweizerische Innen- und Aussenpolitik hineinstellt und gewichtet, in der sicherheitspolitische Fragen weiterhin eine erhebliche Rolle spielen werden.

Inhalt

1. Zusammenfassende Bewertung 2
2. Zum faktischen Verlauf der Kampagne 6
3. Zu den Hauptakteuren 15
4. Lehren für die Zukunft 20
5. Anhang 21

1. Die Doppelabstimmung über die Flugwaffenabschaffungs-Initiative und die Anti-Waffenplatz-Initiative: Eine zusammenfassende Bewertung

Für die deutliche Verwerfung der zu Recht als Schritte im Sinne der Armeeabschaffung in Raten kritisierten Volksinitiativen waren verschiedene Faktoren massgebend. Es gab äussere wie auch intern schweizerische. Die sich in kriegerischen Auseinandersetzungen entladende Unrast im Bereich der zerfallenen Weltmacht Sowjetunion, vor allem aber der sich 1992/93 verschärfende Krieg "vor der Haustür" - im ehemaligen Jugoslawien - förderten die Einsicht vieler in die eine und wohl entscheidende Folge des "Endes des Kalten Krieges": Die Unberechenbarkeit der Vorgänge in Teilen Europas und östlich davon, der durch ein gefährliches Mass an Instabilität gekennzeichnete neue Aggregatszustand der relations-interétatiques auf der eurasischen Landmasse.

Das Schweizervolk gehört zu den Völkern, die sich intensiv mit Vorgängen ausserhalb der eigenen Grenzen beschäftigen. Auf der Titelseite der meisten schweizerischen Zeitungen figurieren primär Auslandnachrichten, dasselbe gilt in der Regel für die elektronischen Medien. Es war also unvermeidlich, dass die neuen und beunruhigenden Verhältnisse im europäischen Grossraum Einfluss auf Stimmung, Überlegungen und Haltung erheblicher Teile des Volkes ausübten. Verflogen war und ist vielenorts die unkritisch-euphorische Stimmung des Herbstes 1989 und noch des Jahres 1990.

Der zweite - vom ersten beeinflusste - Faktor war ohne Zweifel die intensive Diskussion, die in der Schweiz ab Sommer 1992 über unser Verhältnis zum europäischen Einigungsprozess geführt wurde. Wohl mehr als je zuvor in neuerer Zeit wurde der Blick auf das - europäische - Ausland gerichtet und wurde die Bedeutung dieses Auslandes für unsere eigenen Verhältnisse erkannt und empfunden.

Die Perzeption von Krieg und Unrast auf dem europäischen Kontinent wurde dadurch zweifellos geschärft. Auch wer für den Beitritt der Schweiz zum EWR eingetreten war - wie die Verfasser -, musste den Schluss ziehen, dass ein erheblicher Teil derjenigen, die den EWR-Beitritt abgelehnt hatten, aus patriotischer Gesinnung handelten und zu denen gehörten, die für die Ablehnung der souveränitätsfeindlichen Initiativen disponiert waren.

Die Verfasser der Studie des Vorgehens im Blick auf den Urnengang vom 6. Juni 1993, des Dokumentes "Strategie 93", dürfen für sich in Anspruch nehmen, die grosse Bedeutung des Meinungsbildungsprozesses im Volk im Vorfeld des Entscheides vom 6. Dezember 1992 über den EWR für den späteren Volksentscheid über die die Armee betreffenden Initiativen im Sommer 92 erkannt und unterstrichen zu haben. Es ist klar, dass bei einem Ja zum EWR ebenfalls gute Argumente aus diesem Entscheid im Blick auf die Sicherstellung einer seriösen Verteidigung hätten abgeleitet werden können.

Das emotionale Element, das beim EWR-Nein massgebend mitbeteiligt war, war indessen im Zusammenhang mit der Frage der Erhaltung einer brauchbaren Armee besonders bedeutsam. Entscheidend war - mit dem Blick auf den 6. Juni - die ernüchternd reinigende Wirkung, welche die intensive Auseinandersetzung mit unseren Beziehungen zum Ausland zeitigte.

Bildeten die vorerwähnten Faktoren gewissermassen den Rahmen, der für die Meinungsbildung in der Frage der Flugzeuge und der Waffenplätze galt, so musste unter den damit gesetzten Voraussetzungen noch weiteres geschehen, damit es zum unanfechtbaren Nein zur Demontage der Armee und - in letzter Konsequenz - der Souveränität kommen konnte.

Zunächst war - unter diesem Titel - entscheidend, dass eine getrennte Abstimmung über die Waffenplätze einerseits und die Flugzeugbeschaffung andererseits vermieden wurde. Allein, wie ursprünglich vom Bundesrat vorgesehen, im September 1992 zur Abstimmung gebracht, hätte die Waffenplatz-Initiative sehr wohl Zustimmung finden können. Dieser Erfolg der einer zur Selbstbehauptung befähigten Schweiz ablehnend gegenüberstehenden Kräfte hätte ein gefährliches negatives Präjudiz geschaffen und die Voraussetzungen für ein Nein zur Flugwaffenabschaffungs-Initiative wesentlich verschlechtert. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, dass die Ablehnung der verführerisch-verlogen "Vierzig Waffenplätze sind genug" getauften Initiative ohne die Koppelung mit der völlig unhaltbaren Flugzeugverhinderungs-Initiative sehr fraglich gewesen wäre.

Von grösster Wichtigkeit dafür, dass der Souverän, den verschiedenartigsten Sirenengesängen zum Trotz, die Notwendigkeit des Nein zu beiden Initiativen, aber insbesondere zu der gegen eine zeitgemässe Luftrüstung gerichteten erkannte, war das entschiedene und glaubwürdige Auftreten der Exekutive und das heisst vor allem des

Chefs des eidgenössischen Militärdepartementes. Nach der Ovation, die Bundesrat Villiger am 22. Mai 1993 anlässlich der Kundgebung der "Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee" (AWM) auf dem Bundesplatz von über 30 000 Bürgerinnen und Bürgern bereitet wurde - welcher Bundesrat hat seit Minger solch begeisterten Applaus empfangen? -, bedarf es keiner weiteren Worte zur Erläuterung der grossen Leistung dieses Magistraten.

Von grösster Wichtigkeit war der klare Wille ungezählter Angehöriger dessen, was man als die "Miliz" im besten Sinn umschreiben darf, die Armeeabschaffer, Pazifisten und generell Linken in die Schranken zu weisen. Wann hat je nach dem Zweiten Weltkrieg die staatserhaltende, armeebejahende Seite so sehr Flagge gezeigt, Informationsstände auf Plätzen und Strassen errichtet und betrieben, sich in eindrucksvoller Zahl auf dem Bundesplatz versammelt, soviel Initiative entwickelt, um an die Mitbürgerinnen und Mitbürger heranzukommen, ja um die finanziellen Mittel zu beschaffen, die für das Publizieren von Inseraten nötig waren, und, und das vor allem, wann je zuvor waren Patrioten und besonnene Bürger so sehr willens und fähig, in Zuschriften an die Medien ihren Standpunkt direkt und persönlich zum Ausdruck zu bringen? Die Antwort ist klar: nie seit Jahrzehnten.

Das lässt sich zurückführen auf die zuvor erläuterten Faktoren, aber auch auf die Dreistigkeit und Übertreibungen der Armeeabschaffer und ihrer Helfershelfer in einem Teil der Medien. Die - von den Medien triumphal orchestriert - "atemberaubende" Zahl von Unterschriften, welche die Gruppe Schweiz ohne Armee innerhalb einer "atemberaubend" kurzen Frist zu sammeln vermochte, erweckte einen echten und wohltuenden Zorn bei zahlreichen Exponenten dieser Miliz.

Und die Miliz war organisiert - in der vorgenannten AWM. Als zentrale Stelle sorgte sie für Orientierung der angeschlossenen über 25 Organisationen - z.B. der Schweizerische Schützenverein, die Schweizerische Offiziersgesellschaft, der Schweizerische Gewerbeverband -, organisatorische Hilfe und Dokumentierung. Ihre Schrift, die ab Februar verbreitet wurde, "Nein zur Armeeabschaffung in Raten", von der auf Bestellung mehr als 350 000 Exemplare abgegeben wurden, erwies sich als ein entscheidendes Informationsinstrument, das die rege publizistische Tätigkeit der Exponenten der Miliz ganz wesentlich erleichtert und ermöglicht hat und dadurch den Umschwung auch in manchen Medien einleitete. Das Fazit drängt sich auf: die schweigende Mehrheit hat mit dem Blick auf den 6. Juni 1993 das Schweigen gebrochen, und das hat sich unwiderlegbar im Abstimmungsergebnis ausgedrückt.

Von besonderer Bedeutung war - darüber hinaus - das Engagement zahlreicher Vertreter der bürgerlichen Parteien, prominente Mitglieder der Eidgenössischen Räte an der Spitze. Es war durchaus bemerkenswert, dass auch Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die sich ein Jahr zuvor - mit freilich nicht sonderlich überzeugender Beweisführung - gegen den Flugzeugkauf ausgesprochen hatten, gegen die Flugwaffenabschaffungs-Initiative namentlich aus staatsbürgerlicher Verantwortung heraus auftraten. Die Generalsekretariate der bürgerlichen Bundesratsparteien wirkten am Informationsprozess entschlossen und wirkungsvoll mit.

Wenn so viel auf dem Spiele steht wie insbesondere bei der Flugwaffenabschaffungs-Initiative - die Glaubwürdigkeit des Standortes Schweiz, die Rechtssicherheit im Land, nachdem die Initiative geltendes Recht umstiess, die Fähigkeit, die Souveränität des Landes um die Jahrhundertwende aufrechtzuerhalten - dürfte erwartet werden, dass die Wirtschaft ihrer Pflicht nachkommt und diejenigen finanziell unterstützt, die sich für die Sache einsetzen. Dieser Erwartung wurden, wie immer, bestimmte Wirtschaftszweige - die Banken, die Chemie, Versicherungen usw. - gerecht, nicht aber die Masse ausgerechnet derjenigen Unternehmen, die aus dem Zustandekommen der Flugzeugbeschaffung sehr wohl direkten Nutzen ziehen.

Es scheint nun wichtig, dass sich die Spitzen der Schweizer Wirtschaft darüber Rechenschaft geben, wieviel ihnen der Standort Schweiz wert ist. Ist er ihnen nämlich etwas wert, so müssen sie den Preis entrichten, den unsere demokratischen Spielregeln erfordern: das Engagement der Führer der Wirtschaft im politischen Bereich, wenn es um Wesentliches geht, persönlich wie auch mit dem Geldbeutel.

Aber das letztlich Entscheidende für den Urnengang vom 6. Juni 1993 war der oberste Richter in unserem System, das Volk. Es ist immer dasselbe Volk, das zur Urne gerufen wird. Die verschiedenen Teile und Kreise dieses Volkes werden entsprechend der zur Entscheidung stehenden Frage unterschiedlich angesprochen und mobilisiert. Ist die Sache wesentlich und wurde darüber korrekt informiert, so begeben sich die besonnenen Kräfte in der Regel an die Urne - und entscheiden, wie die Schweizer Geschichte beweist, vernunftgemäss.

Am 6. Juni 1993 hat vor allem die schweizerische Demokratie gesiegt, das Volk, das - Wertewandel hin oder her - sich nichts vormachen lässt, wenn sich die besonnenen Kräfte auch verständlich zu machen wissen.

2. Zum faktischen Ablauf der Kampagne

2.1. Zur Entstehung der Flugzeugverhinderungs-Initiative der GSoA

In der Märzsession 1992 stimmte der Ständerat mit 33 : 8 Stimmen der Vorlage des Bundesrates zur Beschaffung von 34 Kampfflugzeugen F/A-18 zu. In der Junisession 1992 folgte der Nationalrat mit 103 : 84 Stimmen.

Umgekehrt trommelte ein Teil der Medien, namentlich gewisse Massenblätter, gegen diese 'unnütze' Vorlage. Vor allem der Preis von 3,5 Mia Franken wurde als jenseits aller Vernunft liegend dargestellt. Meinungsumfragen ergaben eine breite Ablehnung des Projektes auch in der Bevölkerung.

Diese Stimmung machte sich die 'Gruppe Schweiz ohne Armee' (GSoA) zunutze. Angeblich, um dem Volk die gewünschte Mitsprache zu ermöglichen, wurde eine Verfassungs-Initiative aufgelegt, die rückwirkend auf den 1. Juni 1992 den Kauf neuer Kampfflugzeuge bis zum Jahre 2000 verbieten wollte. In einer beispiellos kurzen Zeit von wenigen Wochen kamen gegen 500 000 Unterschriften zusammen, von denen allerdings nur rund 180 000 am 1. Juni 1992 eingereicht wurden. Die GSoA und weitere Armeegegner (fortan als 'Gegner' oder 'Initianten' bezeichnet) glaubten, auch an der Urne leichtes Spiel zu haben. Allerdings sahen auch sie schon früh den möglichen Schwund an Unterstützung und protestierten gegen die Festsetzung der Abstimmung auf den 6.6.1993. Doch auch das EMD musste Nachteile in Kauf nehmen. Es sah sich gezwungen, sämtliche weiteren Beschaffungsschritte bis zur Abstimmung aufzuschieben.

Im Dezember 1992 lehnte der Nationalrat die GSoA-Initiative mit 117 : 51 Stimmen ab, im März 1993 folgte der Ständerat mit 36 : 2 Stimmen.

2.2. Zur Ausgangslage

Schon zu Beginn der Auseinandersetzung war eines klar. Es ging um mehr als den Entscheid über einen Flugzeugtyp. Die Formulierung der Initiative und die GSoA als Absender schlossen jeden Zweifel aus: Die Gegner witterten hier eine Gelegenheit für den ersten Schritt zur Abschaffung der Armee in Raten, nachdem ihr erster radikaler Versuch 1989 lediglich mit einem 'Achtungserfolg' geendet hatte; schon waren neue armeefeindliche Initiativen lanciert worden. Ein

erster Sieg in dieser Serie würde zumindest einen psychologischen Domino-effekt hervorrufen, die armeefeindliche Agitation wirksam beleben, die eigene Anhängerschaft motivieren und stärken und eine gute Grundlage für das Erreichen des unveränderten Hauptzieles der Armeeabschaffung bilden.

Entsprechend reagierten die Armeebefürworter von Anfang an mit dem Ziel, eine Art Entscheidungsschlacht zu schlagen. Die Fehler, welche 1989 bei der Abstimmung über die GSoA-Initiative zur Abschaffung der Armee gemacht worden waren, durften sich diesmal nicht wiederholen. Namentlich sollte die sogenannte 'Miliz', die Summe aller Armeetreuen, frühzeitig mobilisiert und mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien und staatserhaltenden Organisationen zum richtigen Entschluss bewogen werden.

Trotz einer ganzen Palette von ungünstigen Faktoren, die diesem Resultat entgegenwirkten, namentlich auch der schon immer umstrittenen Flugwaffe mit ihren hohen Kosten, war das Klima von 1992/93 nicht ungünstig. Mancher Armeebefürworter hatte sich Vorwürfe zu machen, 1989 nicht aktiv genug gewesen zu sein, und mancher 'Denkzettelstimmer' von damals wird inzwischen über seine eher kurzssichtige Haltung nachgedacht haben. Dazu kam der schreckliche 'Krieg vor der Haustür' im ehemaligen Jugoslawien, der viele Vergessliche an die Realitäten der Geschichte erinnerte und Behauptungen der Friedensbewegung als Phrasen entlarvte. Und schliesslich half auch die wirtschaftliche Rezession, dem Volk zu zeigen, dass Sorglosigkeit und 'ohne mich'-Einstellung nicht ausreichen, um wirkliche Probleme zu meistern.

Im Laufe des Kampfes zeigte sich ferner, dass die GSoA viel von ihrem ursprünglichen Elan verloren hatte. Möglicherweise empfand ein Teil ihrer Sympathisanten, ihr Kampf gegen den F/A 18 bedeute eine Abkehr von ihren eigentlichen Zielen, und verweigerte die Unterstützung. Jedenfalls traten im Abstimmungskampf immer etwa die gleichen, gegen Schluss sichtbar abgekämpften Protagonisten der GSoA in Erscheinung. Auch vermochte das im Frühjahr 93 gegründete Komitee 'Ja zur Armee, Ja zur Initiative' keine zusätzlichen personellen Ressourcen zu erschliessen.

2.3. Zur Strategieschöpfung

Aus professioneller Sicht war klar, dass gerade im vorliegenden Fall eine frühzeitig konzipierte Kampagnenstrategie unabdinglich war. Im Hinblick darauf, dass die Geldmittel für eine zentral geführte Kampagne eher knapp bemessen sein würden, galt es, die verschiedensten Kräfte auf ein Ziel hin zu mobilisieren. Nach einer Reihe von Vorgesprächen in kleinstem Kreise übernahm es der 'Verein zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft, Zürich', gestützt auf die Kommunikationsspezialisten unter seinen Mitgliedern, die entsprechende Grundlage zu erarbeiten. Die sogenannte 'Strategie 93' lag bereits am 10. August 1992 vor und diente fortan der Einstimmung und Koordination aller an der Kampagne beteiligten Gruppierungen.

Rückblickend mögen einige Passagen dieser Strategie von besonderem Interesse sein. So wurde als 'Zielsetzung' formuliert:

- *die Volksinitiative gegen den Kauf neuer Kampfflugzeuge bis zum Jahr 2000 mit einem deutlichen Mehr der Stimmenden und einem komfortablen Ständemehr zur Ablehnung bringen*
- *zugleich den Boden für eine Ablehnung von weiteren armeefeindlichen Initiativen vorbereiten*
- *damit auch den Wissenstand der Bevölkerung über Belange der Sicherheitspolitik und der Armee heben*
- *den Armeegegnern eine als solche perzeptierte Niederlage bereiten*

(Die voraussichtliche Kombination mit der Waffenplatz-Initiative macht unter Umständen auch eine Zielkombination notwendig. Sie soll selbstverständlich mit der Ausnützung von Synergien einhergehen. (S.4))

In der differenziert geschilderten Ausgangslage wurde der EWR-Abstimmung vom Dezember insofern vorausschauend Rechnung getragen, als zwei Argumentationslinien vorbereitet werden sollten, die je nach Ergebnis verfolgt würden.

Das Fazit der Lagebeurteilung lautete:

Die negativen Faktoren scheinen zur Zeit stärker als die positiven. Damit sie in ausreichendem Masse neutralisiert werden können, bedarf es grosser qualitativer und quantitativer Anstrengungen. Werden sie erbracht, wird die Abstimmung gewonnen werden.' (S.7.)

Insbesondere wurde aber auch festgehalten, dass die Vielzahl der Einflussfaktoren eine flexible Kampagnenführung verlange, also eine periodische Überprüfung und eine sukzessive Verfeinerung der Strategie notwendig sei.

Aus der im Ganzen zutreffenden Beurteilung sowie von den schon damals vorgeschlagenen, im Verlauf der Kampagne grundsätzlich bestätigten Elementen seien erwähnt:

Betreffend Zielgruppen u.a.:

- *Ausschöpfung des armeefreundlichen Potentials inkl Zweifler*
- *Sonderprogramme für spezielle Publikumsgruppen*
- *kein spezielles Frauenprogramm*

Betreffend Handelnde/Trägerschaften u.a.:

- *'Miliz', hauptsächlich in der Dachorganisation AWM organisiert, vornehmlich in der Vorphase*
- *Politik / Eidgenössisches Komitee und kantonale Stützpunkte, vornehmlich in der Kampfphase*
- *EMD / Armee als Faktenlieferanten bzw Chef EMD als Erläuterer der sicherheitspolitisch-militärisch-technischen Aspekte*
- *Wirtschaft zur Erläuterung der ökonomischen Nebendimension, zusätzlich willkommene Einzelinitiativen*

Alle diese Kräfte sollten, soweit nötig, koordiniert werden.

Betreffend Botschaften, die nach Akteuren aufgeteilt wurden, u.a.:

- *Notwendigkeit einer kampftüchtigen Armee, zu der eine schlagkräftige Luftwaffe gehört, angesichts der ungewissen und instabilen Lage*
- *Notwendigkeit einer modernen Luftwaffe an und für sich*
- *alles in allem soll nicht für den F/A-18 geworben, sondern hervorgehoben werden, dass die Initiative jegliche Flugzeugbeschaffung bis zum Jahr 2000 verhindert und damit grundsätzlich eine 'Anti-Luftschirm-Initiative ist, die uns schutz- und wehrlos machen will.'*
- *In allen Äusserungen ist immer wieder der Gedanke der Sicherheit und des Schutzes (Sicherheitspolitik statt Spiel mit einer Risikopolitik) besonders zu betonen, nachdem er im Schweizer Volk, namentlich auch bei Frauen, nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert geniesst.'*

Betreffend Haltung, Stil, Methoden u.a.:

- *Stilmässig geht es primär um sachliche Information und Aufklärung und erst sekundär um an Stimmungen und Gefühle appellierende Aussagen und Handlungen. (S.20)*
- *Wichtig ist ein unbeirrbar fester Kurs. Wichtig ist die Zivilcourage, die (scheinbar) so populäre Initiative zu bekämpfen. Wichtig ist, ihren Befürwortern den Marktplatz der Meinungen nicht kampflos zu überlassen. Sie sind im Irrtum und dieser Irrtum birgt gravierende Risiken, denen wir weder die Schweiz noch unsere Bevölkerung aussetzen dürfen. (S.20)*
- *Zweifel an der Fähigkeit der 'armeetreuen Bevölkerung', sich für die 'direkte Kommunikation' mobilisieren zu lassen. Dennoch Forderung nach einem 'Mix aller Medien' und persönlichem Engagement an Veranstaltungen, Ereignissen, spontanen Äusserungen in Leserbriefen usw.*

Betreffend Massnahmen u.a.:

- *Grosse Bedeutung einer dauernden Koordination*
- *Aufteilung der Massnahmen unter die verschiedenen Trägerschaften, Erzielen von Synergieeffekten*
- *laufende Überprüfung der Argumentation zT via Meinungs- und Motivforschung*
- *monatliche Lagebeurteilung und Schwergewichtssetzung.*

2.4. Zum Auftakt (2. Halbjahr 1992)

Die leidenschaftliche Auseinandersetzung um den eventuellen Beitritt der Schweiz zum EWR liess kaum Raum für andere nationale Geschäfte. Die Koordination der Armeebefürworter musste sich - zT auch wegen fehlender finanzieller Mittel - damit begnügen, den Aufmarsch der Kräfte in die Wege zu leiten, die Rollen abzusprechen und die Grundinformationen bereitzustellen. Immerhin gab die parlamentarische Diskussion des Armeeleitbildes 95 Anlass zu Hinweisen auf die Wichtigkeit einer modernen Luftwaffe.

Auch die 'Gegner' hatten wenig Gelegenheit, sich in Szene zu setzen. Ihr Vorteil war indessen, dass seit der erfolgreichen Unterschriftensammlung, die unter dem Motto 'Stop F/A-18' gelaufen war, die Meinung verbreitet war, das Schweizer Volk in seiner grossen Mehrheit sei für die Initiative. Meinungsumfragen von anfangs 1993 sowie eine grundsätzliche Untersuchung des EMD über den Wissenstand der Bevölkerung in sicherheitspolitischen Fragen (Haltiner) schienen diesen Sachverhalt zu bestätigen.

Die eigentlich vorgesehene lange Phase informatorischer Aufbauarbeit nach aussen kam aus den genannten Gründen praktisch nicht zustande.

2.5. Zur Vor- und zur Kampfphase (1. Halbjahr 1993)

Für die Durchführung der vorgesehenen Strategie blieben also nur sechs Monate, wovon die ersten zwei noch wenig Aussenwirkung zeigten. Immerhin gelang in dieser Zeit, aufbauend auf den 1992 geleisteten Vorarbeiten, die Mobilisierung der in der AWM zusammengeschlossenen Armeebefürworterorganisationen auf breiter Basis und die Besetzung wichtiger inhaltlicher Positionen wie "Nein zur Armeeabschaffung in Raten!"

Umgekehrt verzeichneten Umfragen noch anfangs April 1993 eine relativ starke Mehrheit (ca. 56%. Vgl. "Vox-Analyse" vom August 1993) für die Initiative und nur rund einen Drittel Initiativgegner sowie noch viele Unentschlossene.

Dieses Verhältnis konnte in derart kurzer Zeit nur korrigiert werden, wenn es gelang, umgehend die genannten Argumentationspositionen zu vertiefen und auf breiter Front, das heisst sowohl mit redaktionellen Beiträgen und Leserbriefen

als auch auf gekauftem Raum, in den Medien offensiv bekannt zu machen. Den Gegnern musste das Gesetz des Handelns entrissen und von nun an diktiert werden.

Genau dies geschah. In einer beispiellosen Dichte gelang es den Armeebefürwortern über rund acht Wochen die Leserbriefspalten im Verhältnis von 3 : 1 bis 4 : 1 zu beherrschen. Standaktionen, Veranstaltungen, Flugblattverbreitung, Testimonialinserate und anderes mehr sorgten - trotz weitgehend fehlender Mittel für eine Vorkampagne auf gekauftem Raum - für einen breiten Informationsteppich von unserer Seite. Von Woche zu Woche schwand die Unterstützung für die Initiative dahin, verrringerten die Armeebefürworter den Abstand.

Symptomatisch für diese Wende waren schliesslich die beiden Demonstrationen auf dem Bundesplatz in Bern. Die GSoA vermochte zwar mit ihrem Rockfestival am 15. Mai rund 20 000 Jugendliche anzuziehen, aber die Presse konstatierte mehrheitlich einen dürftigen politischen Gehalt. Genau umgekehrt wurde der mit etwa 35 000 Teilnehmern als starke politische Manifestation kommentierte Aufmarsch der Armeebefürworter vom 22. Mai 1993 gewertet.

Man hatte den 'Bürgerlichen' eine derartige Aktion ebenso wenig zugetraut wie die zahlreichen Standaktionen, die Phantasie in der Gestaltung und beim Verkauf von Pins, Klebern, T-Shirts, Ballonen usw. Zahlreiche Kommentatoren werteten denn auch den Aufmarsch vom 22. Mai als Zeichen dafür, dass die Initianten bereits geschlagen waren. Er war in der Tat so etwas wie ein Symbol des Sieges, das noch Unentschlossene zum Votum für die Armee und gegen die Initative veranlasste.

2.6. Zum Ergebnis

Das Schweizer Stimmvolk unterstützte die Flugwaffenpolitik von Bundesrat und Parlament bei einer Stimmbeteiligung von 55% am 6. Juni 1993 deutlich. Die Initiative der GSoA wurde mit 1 435 146 Nein (57,1%) gegen 1 074 875 (42,9%) Ja deutlich abgelehnt. Alle Stände ausser Jura, Genf, Basel-Stadt, Tessin und Basel-Land verwarfen.

Vollends zu einem erfolgreichen Plebiszit für eine moderne Landesverteidigung wurde der Urnengang durch die Ablehnung der Waffenplatz-initiative der ARNA,

des Komitees gegen den neuen Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen mit 1 391 026 Nein (55,3%) gegen 1 124 144 (44,7%) Ja. Zu den oben erwähnten annehmenden Ständen kamen nur noch Neuenburg und knapp die Waadt und Freiburg hinzu.

Bei den Kommentaren scheiterte infolge Beweisnot eine Reihe von Versuchen, die Minderheit zur Mehrheit umzufunktionieren. Es fehlte auch nicht an grotesken Deutungen wie: 'Die GSoA hat an Bedeutung gewonnen, nachdem ihr 1989 nur 35%, 1993 aber 43% des Volkes zugestimmt haben.'

Insgesamt aber wurde das Fiasko der GSoA deutlich hervorgehoben. Es fehlte auch nicht am Ratschlag, sie sei überlebt und solle sich auflösen. Ihr Schwung wurde jedenfalls klar gebrochen, auch wenn die SPS als klare Mitverliererin weiterhin auf die von ihr eingereichten militärfeindlichen Initiativen setzt:

- Verbot der Ausfuhr von Kriegsmaterial
- Halbierung der Militärausgaben

Die Beurteilung der Abstimmungsergebnisse durch den Soziologen **Andreas Ladner im Auftrag des Bundesamtes für Statistik**, die sich auf 2 900 Gemeinderesultate stützte, geht offensichtlich von falschen Prämissen aus. Sein Schluss, noch nie habe eine Volksabstimmung über Militärfragen derart polarisiert, gründet sich auf die durch nichts erhärtete Überzeugung, alle Ja-Sager vom 6. Juni 1993 seien per se gegen die Landesverteidigung. Nicht seine quantitativen Daten, sondern seine qualitative Interpretation sind mit äusserster Vorsicht zu geniessen.

Die Mitte August erschienene 'Vox-Analyse' des GfS-Forschungsinstitutes und der Universität Bern (interpretiert von **Sibylle Hardmeier**) ist demgegenüber weit glaubwürdiger und aufschlussreicher. Auch sie spricht von einem klaren und grundsätzlichen Ja zur Armee. Umgekehrt könnten die 42,8 % bzw 44,7 % Ja-Stimmen zu den Initiativen nicht automatisch als Nein zur Landesverteidigung angesehen werden. Die 'Vox-Analyse' macht nur 22 % - 23 % (Fehlermarge ± 3 %) harte Armeegegner aus. 1989 umfasste die gleiche Kategorie je nach Untersuchung auf 12 % - 20 %, eine Zunahme - wenn es überhaupt eine ist - von marginalem Ausmass.

Die "Vox-Analyse" bestätigt die bessere Mobilisierung und die Richtigkeit des Bemühens der Nein-Kampagne, wichtige Parolen möglichst früh zu verankern, den armeefeindlichen Gehalt beider Initiativen hervorzuheben und die Kosten der neuen Kampfflugzeuge zu relativieren. Letztere waren ja auch der Hauptgrund für ein Ja vieler armeepolitisch gemässigter Stimmbürger. Die Brandmarkung der Stossrichtung der Initianten als Abschaffung der Armee in Raten, hat sich aufgrund der Nachbefragung als entscheidend erwiesen:

Während bei dieser Initiative [November 1989] von Beginn weg klar war, dass es um die Abschaffung der Armee ging, wurde die Interpretation 'Armeeabschaffung in Raten' für den Urnengang vom 6. Juni offensichtlich im Verlauf des Abstimmungskampfs aktuell. Die Struktur der Entscheidmotive der Stimmenden sowie der Argumententest lassen darüber hinaus folgende Plausibilitätsschlüsse über die Wirkung der Kampagne zu: Sowohl bei der Kampfflugzeug- als auch bei der Waffenplatz-Initiative war die gegnerische Kampagne besonders überzeugend. Die Argumentationslinien der Nein-Stimmenden decken sich in weiten Teilen mit jenen der Kampagne; entsprechend hoch ist die Zustimmung zu den zentralen, gegnerischen Argumenten. (Vox Nr. 49)

Einer näheren Beurteilung wert sind die von der 'Vox-Analyse' festgestellten Motive. Eine starke Flugwaffe wurde für die Unabhängigkeit der Schweiz offenbar als wichtig erachtet, während der von den Initianten hochgespielte Slogan "Umweltschutz auch beim Militär" nicht durchwegs verfing. Die knappe Annahme der Initiativen durch die Frauen (52 % und 51 %), soweit sie bei der erwähnten Fehlermarge überhaupt gestützt werden kann, zeigt einen merklichen, wenn auch nicht dramatischen Unterschied zwischen den Geschlechtern, der vermutlich auf die spezifische Fragestellung und die demagogische Propaganda der Initianten zurückzuführen ist.

Besondere Beachtung im Hinblick auf künftige Militärvorlagen verdient der Entscheid der unter 40jährigen. Während die 31 - 39jährigen als einzige deutlich zustimmten (57 % bzw 58 %), blieben die Jüngeren (18 - 29 Jahre) knapp unentschieden. Mit aller Vorsicht lässt sich daraus ableiten, dass die These von der immer wehrfeindlicheren Jugend falsch ist, weil gerade unter jungen Männern und Frauen ein differenzierteres Denken nicht nur in Gesprächen und Diskussionen, sondern jetzt auch statistisch durchaus zum Ausdruck kommt.

3. Zu den Hauptakteuren

3.1. Zur Rolle des Chefs EMD und seiner Mitarbeiter

Im ganzen Prozess war der persönliche Einsatz des Chefs EMD von unschätzbarem Wert. Bevor sich weitere politische Persönlichkeiten engagierten, wurde er für die Medien und damit auch für die Öffentlichkeit zum Kristallisationspunkt einer sowohl sachbezogenen wie leidenschaftlichen Argumentation. Die Tatsache, dass die Initiative ein de facto Referendum gegen die Flugzeugvorlage des Bundesrates war, liess diese Art des Auftrittes eines Bundesrates trotz einzelner kritischer Stimmen im Ganzen unangefochten. Bundesrat Villiger wurde nicht nur für die Armeebefürworter, sondern selbst für die GSoA zur Referenzfigur.

In seinem Informationsverantwortlichen hatte der Chef EMD einen fachmännischen Berater besonderer Qualität, der den engen Spielraum des Departementes voll ausnützte und eine offensive Kommunikation verfolgte. Zahlreiche eher armeekritische oder gar armeegegnerische Medien wurden mit seiner Hilfe für eine ausgewogene Haltung gewonnen.

Neben den Bemühungen hoher Offiziere, insbesondere der ganzen Führung der Flieger- und Flab-Truppen, um Information über die Schädlichkeit der Initiativen muss die grosse Aktivität des Ausbildungschefs der Armee für die Sicherstellung einer modernen Ausbildung durch Ablehnung der Waffenplatzinitiative erwähnt werden.

Im Gegensatz zu 1989 hatten es die Armeegegner und -kritiker mit einem gewandelten EMD, einer gesellschaftsverträglicheren Armee und mit überaus moderaten Militärausgaben zu tun, was sie einer ganzen Reihe früherer Angriffsflächen beraubte.

3.2. Zur Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee (AWM)

Die AWM war der Hauptträger des Kampfes in der Vorphase und blieb bis zum Schluss voll aktiv. Ihr gehörten 27 armeebefürwortende, unterschiedlich grosse und politisch positionierte Organisationen an. Die Palette reicht von den

Schützen über Gewerkschafter bis hin zu Jungfreisinnigen und den Offiziersgesellschaften.

Hervorzuheben unter den Aktivitäten sind ausser der bereits erwähnten Kundgebung vom 22. Mai in Bern die Aktivierung ungezählter Mitglieder zu Äusserungen in Leserbriefen und bei anderen Gelegenheiten. Vor allem bei Leserbriefen entstand 1993 eine zunehmende quantitative Dominanz (vgl. Grafik im Anhang), die sich spürbar auch auf den redaktionellen Teil der Medien auswirkte. Es handelte sich um spontane und individuelle Aussagen zu den Initiativen, Meinungsäusserungen der Gegenseite usw.

Punktuell gelang es auch, im Verlaufe der Kampagne durch Anregungen seitens der AWM-Geschäftsstelle verschiedene weitere Aktivitäten wie etwa Beschwerden von Einzelorganisationen bei den SRG / DRS-Instanzen auszulösen. Ebenfalls bereits erwähnt wurden die Öffentlichkeitsaktionen von AWM Mitgliedern. Hervorzuheben sind dabei beispielsweise die Plakatkampagne von "Pro Libertate", der Pin-Verkauf der Offiziersgesellschaft Lenzburg, die Inserateschaltungen des Forums Flugplatz Dübendorf und die Aktionen der ISGA und von "Protector Aero". Sie wurden ergänzt durch zahlreiche Informationsveranstaltungen einzelner Organisationen oder ad hoc Komitees und eigene spontane Inseratаktionen, zu einem grossen Teil finanziert durch eigene Mittel und Sammlungen.

Mit Fug und Recht kann behauptet werden, dass - im Gegensatz zu 1989, als eine seltsame Zurückhaltung und Denkzettelstimmung herrschte - die Mobilisierung der Miliz einen hohen Grad erreichte. Es darf davon ausgegangen werden, dass dieses Engagement auch wesentlich zur Geschlossenheit des Auftrittes der bürgerlichen Parteien beigetragen hat.

3.3. Zum eidgenössischen Abstimmungskomitee

Im eidgenössischen Komitee waren die bürgerlichen Parteien vertreten. Es wurde geführt durch den Generalsekretär der SVP Dr. Max Friedli. Die Wf stellte die Infrastruktur sicher und hielt auch Kontakt zur AWM. Der Einsatz erfolgte planmässig ab April 1993, und dann namentlich mit einer gelungenen Inserateserie sehr wirksam. Weniger gelungen waren auch diesmal die Plakate der Armeebefürworter.

Bei den kantonalen Komitee waren die Aktivitäten unterschiedlich und entsprechend auch die Resultate. Das kantonale Stützpunktsystem weist qualitativ stark unterschiedliche Niveaus auf und sollte dringend einer genauen und kritischen Untersuchung unterzogen werden: Dies namentlich auch bei den welschen Kantonen, die wie in anderen vergleichbaren Abstimmungen ihre eigenen Informationsmittel und Vorgehensweisen beanspruchten, nichtsdestotrotz aber doch nur mässigen Erfolg auswiesen. Auch aus generell politischen Gründen wäre es von Interesse zu erfahren, ob die welschen Komitees mit ihrem Stil verhindern, dass die Resultate in der Romandie noch schlechter ausfallen, oder ob ein Stilwechsel positivere Perspektiven eröffnen könnte.

Ähnlich kritisch sollten die Pressedienste der Abstimmungskomitees untersucht werden. Liesse sich der Abdruck der Beiträge und die Aufnahme der Information nicht merklich steigern, wenn ein anderes Vorgehen, nämlich ein individuelleres, regionaleres und einzelmedienbezogenes gewählt würde ?

Spürbar positiv agiert hat das eidgenössische Komitee gegenüber den elektronischen Monopolmedien. Sein Offener Brief an den Generaldirektor der SRG im Namen von 140 Parlamentarierinnen und Parlamentariern, der beklagte, dass in Radio und Fernsehen kaum grundsätzlich auf die Initiativen eingegangenen werde und sich damit die direkten und indirekten Armeekritiken zu einer eigentlichen Stimmungsmache verdichteten, zeitigte nachweisbar Wirkung. Obwohl sich die Generaldirektion ausserstande zeigte, diesem Gedanken zu folgen, und einzelne Sendungen zu relativieren versuchte, war der 'unbekümmert-fröhlichen Anti-Armee-Hetze' mit einem Male die Spitze gebrochen, was sich auch auf andere Medien auswirkte. Selbst die bis zuletzt für die Initiativen eintretenden Blätter bemühten sich um eine Art von Ausgewogenheit.

3.4. Zu den Initianten und Armeegegnern

Angesichts der zunehmend wuchtigen Gegenoffensive der Armeebefürworter verloren die Armeegegner immer mehr an Terrain. Beispiele hierfür boten die SPS, welche die Initiative immer halbherziger unterstützte, oder die Gewerkschaften, die sich mit ihrer Polemik gegen die Kompensationsgeschäfte in einer Zeit steigender Arbeitslosigkeit unmöglich machten.

Die GSoA selbst hatte nach der durch die EWR-Auseinandersetzung erzwungenen 'Pause' ihren Angriffsschwung verloren. Ihr machte der Jugoslawienkrieg zu schaffen, der laufend ihre These, die Welt werde immer friedlicher, Lügen strafte. Zunehmend entlarvt wurde ihre Unglaubwürdigkeit, als sie nun plötzlich als Armeereformer- oder verbesserer aufzutreten suchte. Sie konnte sich des wohl begründeten Verdachts, die Armee nun einfach in Raten abschaffen zu wollen, nicht erwehren und musste sich immer wieder die Gretchenfrage stellen lassen. Ihr Versuch, die Initiative bloss als 'Dienstleistung an der Demokratie' darzustellen, war zu plump, um ernsthafte Resonanz zu erzeugen.

Als die GSoA anfangs 1993 plötzlich bekannt gab, es gehe nur um einen "Kompromiss", um eine "Denkpause", nachdem sie noch im Hochgefühl ihrer Überlegenheit im Sommer und Herbst 1992 kühne Pläne für neue Initiativen entrollt hatte, wurde klar, dass sie auf dem Rückzug war.

Zum Scheitern verurteilt war auch das Komitee 'Ja zur Armee, Ja zu Initiative', das seine Nähe zur GSoA und, soweit es sich auf Armeebefürworter stützen konnte, seine dürftigen militärischen Kenntnisse und abstrusen Vorstellungen über Landesverteidigung nie verbergen konnte.

Ausser der - verzweifelt hochgespielten - Kostenfrage fehlte es den Armeegegnern ganz einfach an Argumenten. Ein Faktum, das von ganz ausserordentlicher Bedeutung war und wohl alle quantitativen Faktoren übertraf. Nicht nur die geschickte Abstimmungstaktik oder der finanzielle Aufwand der Armeebefürworter, der jenen der Gegenseite nicht einmal besonders übertraf, gab also den Ausschlag. Den Ausschlag gab, dass das Schweizervolk in seiner Mehrheit erkannte, dass hier ein Angriff auf seine Selbstbehauptung und seinen Schutz geführt wurde, den es zu vereiteln galt.

Dass dieser Denkprozess in der Flut von demagogischen Argumenten wie "Wir wollen unser Geld für die AHV" oder "Arbeitsplätze statt F/A-18" und ähnlichen mehr stattfinden konnte, ist wesentlich den Bemühungen um sachliche Diskussion und der klugen Kampagne der Initiativgegner zu verdanken.

3.5. Zur Finanzierung

In nie gekanntem Ausmass haben Private und Einzelpersonen gespendet. Teile der Wirtschaft distanzierten sich dagegen schon früh von diesem Abstimmungskampf. Nicht einmal die Zweige, die von der Flugzeugbeschaffung direkt oder indirekt profitieren, waren in ausreichendem Masse zur tatkräftigen Unterstützung der Kampagne bereit. Umso bedenklicher stimmt, dass einzelne Unternehmen, die sich um diese Hilfeleistung gedrückt haben, sich sehr bemühen, von den Kompensationen zu profitieren.

Auch bezüglich derjenigen, die Geld spendeten, ist eine Bemerkung notwendig: Man erwartet, dass Abstimmungen, die dem Erhalt des Wirtschaftstandortes und seiner Stabilität dienen, gewonnen werden. Man weiss auch in einzelnen Branchen, dass der Erfolg umso sicherer ist, je früher die Aufklärung beginnen kann. Man stimmt sogar - wie im vorliegenden Fall - einem moderaten Budget zu. Aber man denkt zu häufig nicht daran, die versprochenen Beträge rechtzeitig zu überweisen, so dass die Arbeit auch wirklich aufgenommen werden kann.

Offenbar wird da und dort darauf spekuliert, dass irgendjemand, meist die mit der Aufklärung betrauten Organe und Firmen, bereit ist, auf eigene Kosten zu beginnen, um das gewünschte Resultat sicherzustellen. Sehr oft führt das zu nachträglichen, für diejenigen, die sich mit ganzer Kraft einsetzten, eher entwürdigenden Nachfass-Bettelaktionen, die selbst dann undankbar sind, wenn die Abstimmung gewonnen wurde.

4. Lehren für die Zukunft

Zusammengefasst und summarisch aufgelistet, lauten die mehrheitlich klar bestätigten Lehren für Abstimmungskämpfe wie folgt:

- Es ist frühzeitig eine kommunikative Gesamtstrategie unter Einbezug aller möglichen Trägerschaften und aller möglichen Argumente zu erarbeiten und zum Konsens zu bringen

- Unmittelbar danach sind die Organisation und die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Akteuren festzulegen.

- Meinungs- und Motivforschungen haben - wenn nötig - zu erfolgen, um die eindrücklichsten Argumentationen zu ermitteln und weniger beeindruckende zu eliminieren

- Mit wenigen, aber durchschlagenden Argumenten und demonstrativen Anlässen sind frühzeitig (Monate im voraus) die Positionen zu besetzen und die Gegnerschaft in die Defensive zu drängen

- Anschliessend ist in professioneller Manier (mit den in solchen politischen Auseinandersetzungen erfahrenen Kräften) das ganze Spektrum der Kommunikationsmittel einzusetzen

- Während der ganzen Dauer des Abstimmungskampfes muss ein Koordinationsorgan mit kurzer Reaktionszeit und Handlungskompetenzen auf dem qui vive sein, um Überraschungen zu kontern, aber auch um Chancen auszunutzen usw.

- Nicht immer kann man sich einen stimmungsmässigen Umschwung zunutze machen, aber meist - wenn man eine gute und plausible Sache zu vertreten hat - wird es auf irgendeine Art möglich sein, Erfolge zu erringen. Andernfalls ist es Sache einer professionellen Lagebeurteilung, die Risiken abzuschätzen und den Aufwand zu dosieren.

- Schliesslich sei daran erinnert, dass Abstimmungen von nationaler Bedeutung in ein Wertesystem gehören, das man nicht ungestraft verletzt, aber auch nicht unbelohnt verteidigt.

5. Anhang

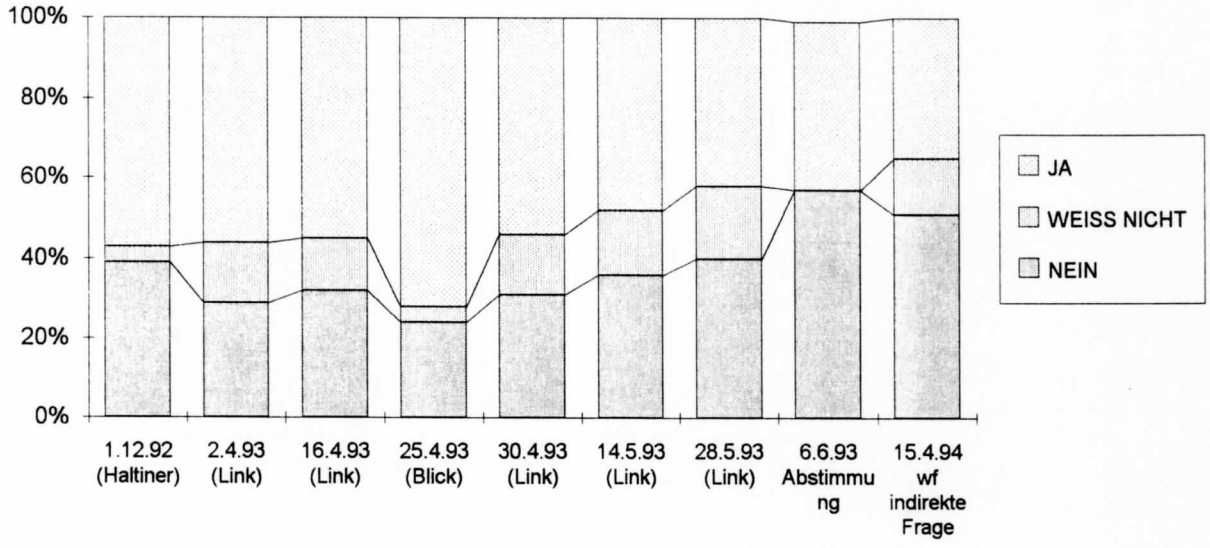
1. Abstimmungsspiegel nach Kantonen (Q: AWM)
2. Entwicklung der Meinungsbildung (Q: AWM)
3. Verhältnis der redaktionellen Beiträge (Q: Cash, 18.Juni 1993)
4. Verhältnis der Leserbriefe (Q: AWM)
5. Verhältnis der Inserate (Q: Cash, 18.Juni 1993)

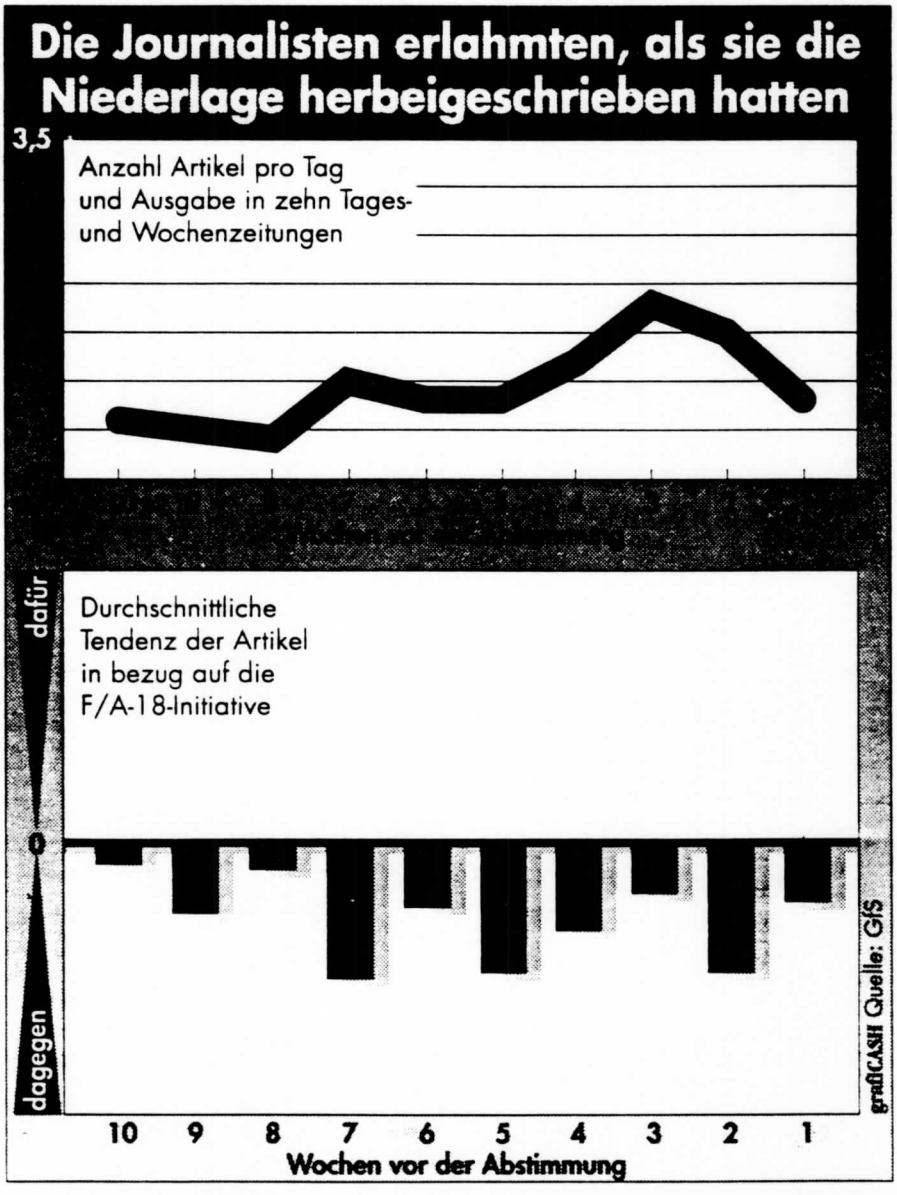
ABSTIMMUNGSSPIEGEL

RÜSTUNGSREFERENDUM - ARMEE-ABSCHAFFUNG - EWR - 40 WAFFENPLATZ - 34 F/A - 18

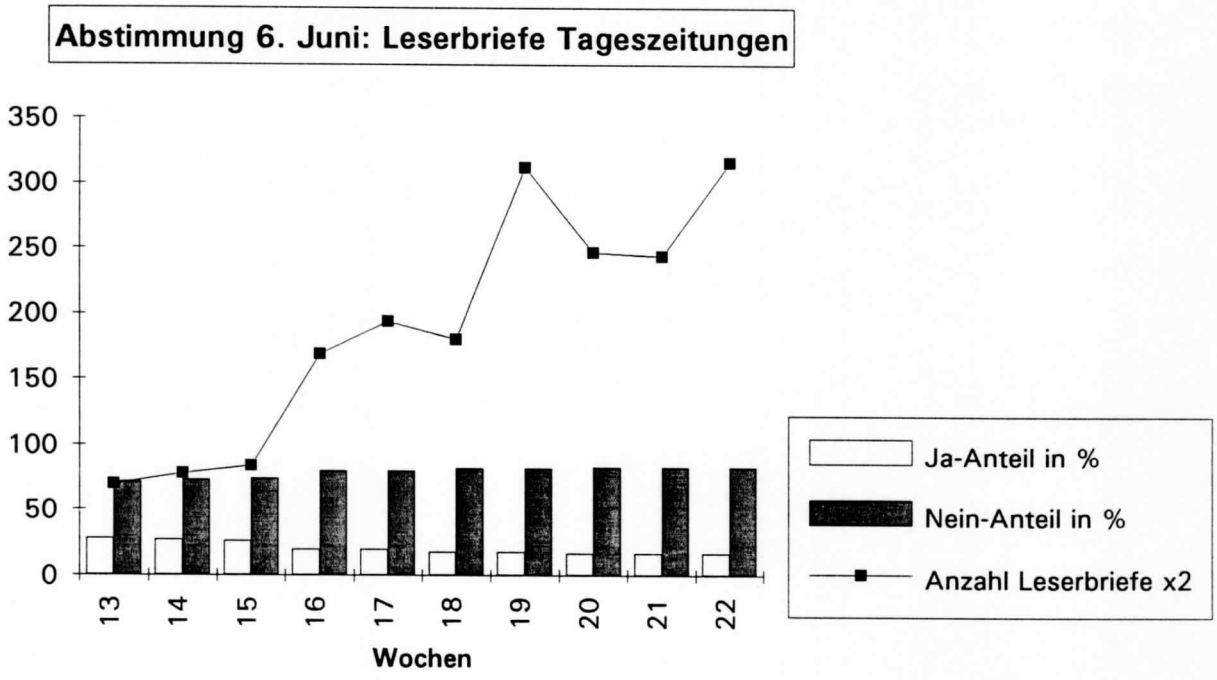
KANTONE	1987	1989	1992	1993	1993
ZH	NEIN 59%	NEIN 61%	NEIN 52 %	NEIN 54%	NEIN 56%
BE	NEIN 62%	NEIN 70%	NEIN 52%	NEIN 58%	NEIN 61%
LU	NEIN 63%	NEIN 68%	NEIN 61%	NEIN 66%	NEIN 68%
UR	NEIN 67%	NEIN 76%	NEIN 75%	NEIN 72%	NEIN 75%
SZ	NEIN 63%	NEIN 69%	NEIN 73%	NEIN 66%	NEIN 66%
OW	NEIN 67%	NEIN 74%	NEIN 72%	NEIN 73%	NEIN 75%
NW	NEIN 69%	NEIN 71%	NEIN 66%	NEIN 75%	NEIN 78%
GL	NEIN 68%	NEIN 71%	NEIN 68%	NEIN 65%	NEIN 66%
ZG	NEIN 66%	NEIN 65%	NEIN 56%	NEIN 60%	NEIN 64%
FR	NEIN 57%	NEIN 64%	JA	JA	NEIN 52%
SO	NEIN 59%	NEIN 66%	NEIN 57%	NEIN 56%	NEIN 59%
BS	JA	NEIN 55%	JA	JA	JA
BL	NEIN 55%	NEIN 58%	JA	JA	JA
SH	NEIN 60%	NEIN 66%	NEIN 62%	NEIN 58%	NEIN 57%
AR	NEIN 75%	NEIN 74%	NEIN 63%	NEIN 63%	NEIN 60%
AI	NEIN 68%	NEIN 67%	NEIN 71%	NEIN 71%	NEIN 70%
SG	NEIN 63%	NEIN 64%	NEIN 62%	NEIN 60%	NEIN 59%
GR	NEIN 63%	NEIN 67%	NEIN 68%	NEIN 59%	NEIN 60%
AG	NEIN 66%	NEIN 69%	NEIN 61%	NEIN 66%	NEIN 67%
TG	NEIN 68%	NEIN 69%	NEIN 64%	NEIN 66%	NEIN 63%
TI	NEIN 55%	NEIN 60%	NEIN 62%	JA	JA
VD	NEIN 62%	NEIN 65%	JA	JA	NEIN 53%
VS	NEIN 66%	NEIN 66%	JA	NEIN 58%	NEIN 60%
NE	NEIN 56%	NEIN 59%	JA	JA	NEIN 52%
GE	JA	JA	JA	JA	JA
JU	JA	JA	JA	JA	JA
	41.7 % STIMM-BETEILIGUNG 1'054'995 NEIN 59.4% 713'900 JA 40.6%	68.6% STIMM-BETEILIGUNG 1'903'797 NEIN 64.4% 1'052'218 JA 35.6%	78.3% STIMM-BETEILIGUNG 1'786'121 NEIN 50.3% 1'763'016 JA 49.7%	54.6% STIMM-BETEILIGUNG 1'380'840 NEIN 55.5% 1'106'579 JA 44.5%	54.5% STIMM-BETEILIGUNG 1'423'624 NEIN 57.3% 1'058'765 JA 42.7%

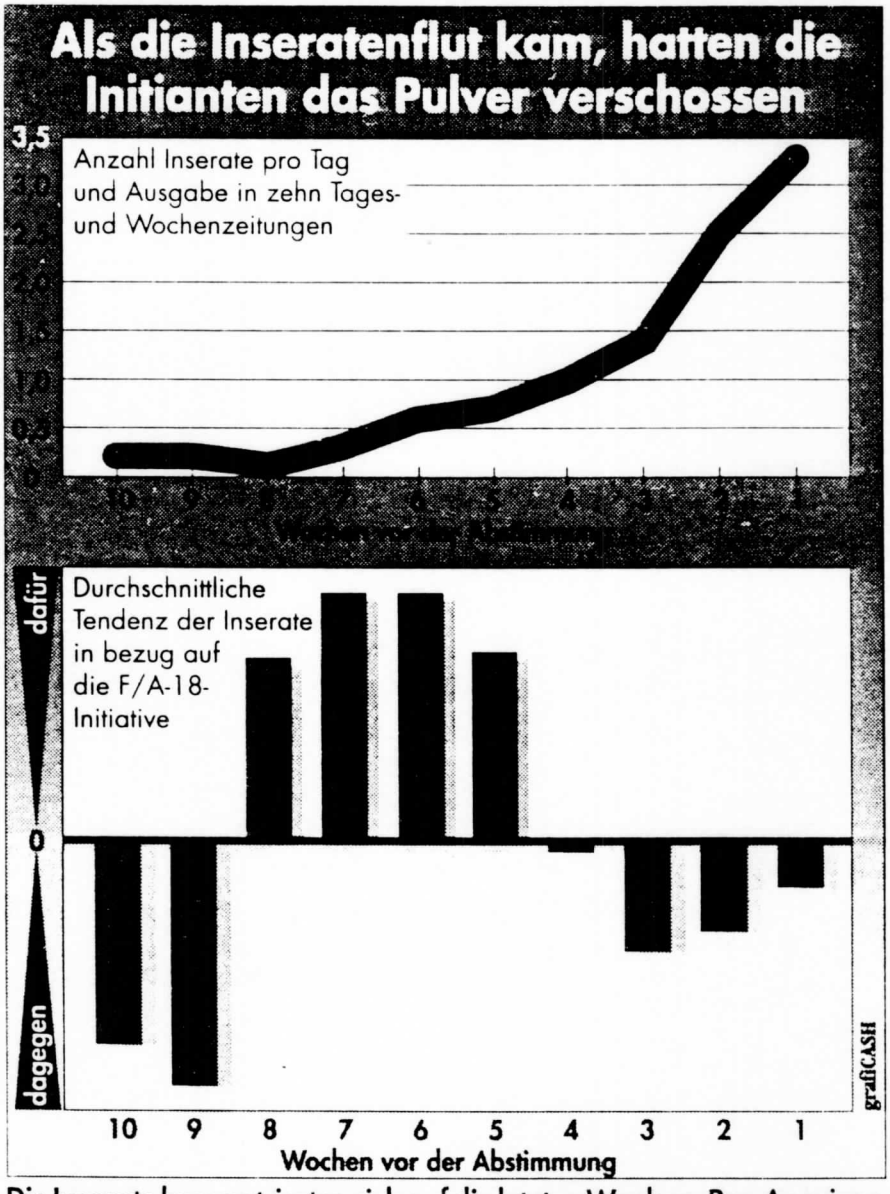
Die F/A-18 Initiative im Lichte der Meinungsforschung





Drei Wochen vor dem 6. Juni sank die Zahl der Zeitungsartikel. Ihr Tenor blieb: Die F/A-18-Initiative wurde häufiger kritisiert als gelobt.


Abstimmung 6. Juni: Leserbriefe Tageszeitungen
350
300
250
200
150
100
50
0
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
Wochen
Ja-Anteil in %
Nein-Anteil in %
Anzahl Leserbriefe x2



Die Inserate konzentrierten sich auf die letzten Wochen. Pro-Anzeigen wurden vor allem zwei Monate vor der Abstimmung plaziert.